



Am 26.9. wird in Saarbrücken demonstriert:

Wer den Sozialstaat verteidigen will, muss die Kriegstüchtigkeit ablehnen

Ob Gesundheit, Rente, Pflege, Wohngeld, unsere Rechte am Arbeitsplatz, es zeigt sich, die Koalition kürzt und streicht auf Teufel hinaus zusammen. Politik zu Lasten von Beschäftigten und den Schwächsten heißt die Devise. Das ist ein fundamentaler Angriff auf unser Leben.

Dabei stellt die Regierung uns arbeitende Menschen unter den Generalverdacht von Faulheit und Krankfeiern und legt die Axt an die soziale Sicherheit im Land.

ver.di macht jetzt bundesweit gemeinsam mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften mobil: Am 26. September gehen wir zusammen auf die Straße und demonstrieren für eine solidarisch finanzierte soziale Gesellschaft – Sei dabei!. Neben Saarbrücken wird es auch hier Demonstrationen geben: Berlin, Bremen, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau, Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Nürnberg, Rostock und Stuttgart. Bereits im Sommer fanden zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen überall im Land statt.

Allerdings ist die Mobilisierung der Mehrheit gegen diesen Klassenkampf von oben kein Kindergeburtstag, noch ist vielen der Ernst der Lage nicht bewusst, immer noch gibt es Hoffnung, dass die SPD das Schlimmste verhüten möge. Und auch ist das Umschiffen des Offensichtlichen gerade auch in den Gewerkschaften aus den unterschiedlichsten Gründen angesagt. Offensichtlich ist, dass die Kürzungs-

orgie unmittelbar mit der Aufrüstung verbunden ist.

Die Aufrüstung ist politisch oberste Priorität. Hunderte Milliarden wurden dafür schon bereitgestellt. Die Zwänge beim Sozialstaat erscheinen indes als Naturgesetz. Vermögen, hohe Einkommen und Profite werden geschont, wo die breite Masse blutet. Wir müssen dies tun, heißt es, damit Deutschland kriegstüchtig wird und sich gegen Russland verteidigen kann. Notfalls mit dem Leben derer, die jetzt die Kürzungen am meisten treffen.

Bis 2030 sollen laut Haushaltsplanung der Bundesregierung die Militärausgaben auf 183 Milliarden Euro anwachsen. Das entspricht fast einem Drittel des gesamten Bundeshaushalts. Während die Verteidigungsausgaben um 32,7 %, die Zinszahlung für die aufgenommen Kredite um 29,6 % steigen, sinken die Ausgaben für Gesundheit um 34,2 %, für Bildung und Familien um 7,1%.

Der Zusammenhang ist offensichtlich und muss deshalb auch benannt werden, Wer aber vom Rüstungswahn schweigt, wird den Sozialabbau nicht stoppen, deswegen: Heraus am 26.9. nach Saarbrücken und am 3.10. nach Stuttgart!

Michael Blug beim OV Saar-Blies:

Grüner Wasserstoff - neue Arbeit?

Grüner Wasserstoff spielt besonders an der Saar eine zentrale Rolle in der Transformation von Industrie und Energieversorgung. Darüber findet eine spannende Diskussion statt. Wir wollen uns darüber mit Michael Blug unterhalten. Nach einem Impulsreferat werden wir am 10. September um 18 Uhr im ver.di-Haus in Saarbrücken dazu Gelegenheit haben.

Es geht um die Zukunft von mehreren zehntausenden Arbeitsplätzen unter anderem in der Stahlindustrie und der Energiewirtschaft im Saarland. Da stellt sich für die Gewerkschaften die Frage, wie der Wandel gestaltet werden kann, ohne Beschäftigte zurückzulassen.

Grüner Wasserstoff gilt als unverzichtbar für die Dekarbonisierung schwer elektrifizierbarer Sektoren wie der Stahlindustrie, in denen er fossile Energieträger ersetzt.

Wir müssen uns nicht nur in der Energieerzeugung von Kohle und Gas verabschieden – Ökoenergien und grüner Wasserstoff werden auch die Industrie umbauen. Bis Mitte des Jahrhunderts sollen die gesamten Volkswirtschaften treibhausgasneutral sein, nicht nur die Erzeugung von Strom und Wärme. Den nötigen Druck dafür hat die Klimabewegung aufgebaut. Sie kritisiert jedoch weiter den schleppenden Umbau und kämpft für mehr Tempo und gegen falsche Lösungen.

Wasserstoff (H₂) und seine Folgeprodukte werden künftig eine wichtige Rolle bei der Dekarbonisierung der Volkswirtschaften spielen. Dafür bedarf es neuer Verfahren und neuer Produkte. Es geht jedoch nicht nur darum, wie künftig produziert wird, sondern auch was. Vor allem aber muss der industrielle Wandel gerecht geschehen. Es gibt gerade in den letzten Wochen intensive und hitzige politische Diskussionen um die Chancen, aber auch um offene Fragen zur Nutzung von Wasserstoff für die Zukunft der saarländischen Stahlindustrie und Energiewirtschaft. Das Saarland selbst möchte eine Wasserstoff-Modellregion werden, um die lokale Stahl- und Automobilindustrie klimaneutral umzubauen.

Die IG Metall kämpft im Saarland als treibende Kraft für die Transformation der Stahlindustrie hin zu grünem Wasserstoff. Zusammen mit Betriebsräten hat die Gewerkschaft Milliardenförderungen, wie das 2,6-Milliarden-Euro-Paket für „Pure Steel“ (Saarstahl/Dillinger), durchgesetzt. Im Fokus stehen dabei die Sicherung von Arbeitsplätzen, der Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur und die Vermeidung von Nachteilen im Emissionshandel. Die IG Metall warnt eindringlich vor einer Rolle rückwärts bei Klimavorgaben.

Der eigentliche Auslöser der Krise der Stahlindustrie ist ein umstrittener Mechanismus der Europäischen Union: der Emissionshandel – für jede Tonne CO₂, die ein Industrieunternehmen in die Luft bläst, muss ein Verschmutzungsrecht – ein sogenanntes Zertifikat – bezahlt werden. Derzeit liegt dieser Preis bei etwa 80 Euro pro Tonne CO₂, mit der klaren politischen Vorgabe, dass diese Summe in Zukunft weiter ansteigen

soll. Die geplante Umstellung auf eine CO₂-freie Produktion würde die saarländische Stahlindustrie von den Kosten befreien und damit erhofft man sich, dass dieser Stahl wiederum konkurrenzfähig sei. Wenn sich aber die Vorgaben für den Ausstieg verlangsamten, bricht das System zusammen. Hohe Produktionskosten sind die Folge. Nach heutigem Stand wird nur ein Bruchteil der für das Jahr 2030 angekündigten Projekte realisiert werden. Kaum jemand in der Wirtschaft ist derzeit bereit, langfristige Investitions- oder Abnahmeverträge für „grünen“ Wasserstoff zu unterschreiben.



Unser Gast und Referent am 10. September ist der Kollege Michael Blug aus Bous. Michael, der auch der Vertreterversammlung der Arbeitskammer angehört, war bis November 2025 erster Landesbezirksleiter der ver.di im Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland. Vorher war er Landesfachbereichsleiter im Bereich Ver- und Entsorgung. Michael gilt über die Grenzen unseres Landes hinaus als Experte in der Energiewirtschaft. Als Interessenvertreter der Beschäftigten übte er verschiedene Funktionen in Aufsichtsräten der Regionen Energiewirtschaft aus, so zum Beispiel als Mitglied im Aufsichtsrat der VSE AG. Kommt und informiert euch.

Nehmt teil am 1. September in Völklingen

Frieden gehört ins Zentrum

Der 1. September wird von den Gewerkschaften des DGB als Antikriegstag begangen. erinnert wird an Krieg, Faschismus und Gewalt. Dafür hat man den 1. September ausgesucht, den Tag, an dem der 2. Weltkrieg begann. So auch dieses Jahr. ver.di Saar-Blies ruft zur Teilnahme nach Völklingen auf.

An jedem 1. September machen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften deutlich: Die deutschen Gewerkschaften stehen für Frieden, Demokratie und Freiheit. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Der Tag erinnert an den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen im Jahr 1939 und den Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Im Saarland ist es Tradition sich am 1. September in Völklingen am Denkmal für die Opfer des Faschismus im Schillerpark in der Kühlweinstraße zu treffen. Im Anschluss findet im Biergarten des Weltkulturerbes Völklinger Hütte ein Liederabend mit Liedern der Arbeiterbewegung statt. ver.di ruft zur Teilnahme auf. Verschiedene Friedensgruppen planen auch eine Kundgebung und Demonstration durch Völklingen zu der DGB-Aktion.

Der DGB hat auf seinem 23. Bundeskongress einen Beschluss gefasst, der den Titel trägt „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ und die aktuelle Debatte innerhalb der Gewerkschaften benennt. Der DGB distanziert er sich vom durch die Bundesregierung geprägten Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ und verurteilt das Fünf-Prozent-Ziel der NATO. Und er lehnt die Stationierung der Mittelstreckenraketen ab. Nicht zufällig heißt es darin: „Uns eint als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter deshalb der unbedingte Wille, als Teil einer starken und breit aufgestellten Friedensbewegung einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten. Das gilt gerade in diesen Zeiten, in denen sich eine militärische Denk- und Handlungslogik immer mehr durchsetzt. Mehr denn je brauchen wir eine Friedensbewegung, die dagegen kraftvoll die Stimme erhebt.“

Im Schillerpark wird neben dem stellvertretenden Vor-

Einladung

ANTIKRIEGSTAG

1. September 2026

17:00 Uhr in Völklingen

Denkmal für die Opfer des Faschismus

Schillerpark (Kühlweinstraße)

Mit **Timo Ahr**, stellv. Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland und **Dr. Heinz Bierbaum**, ehem. Präsident der Europäischen Linken und ehem. Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

sitzenden des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland auch der Kollege Dr. Heinz Bierbaum sprechen. Er gehört zu jenen Kollegen, die dafür eintreten, dass die Friedensarbeit ins Zentrum der gewerkschaftlichen Tätigkeit gehört.

Seid am Antikriegstag dabei.



Gewerkschafter trafen sich in Würzburg:

Die Friedensfrage stärkt die Gewerkschaften

Die 4. Gewerkschaftskonferenz für den Frieden fand am 24. und 25. Juli 2026 in der Kolping-Akademie in Würzburg statt. Unter dem Motto „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!“ organisierten die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die IG Metall Würzburg Vorträge und Diskussionsrunden. Unter den 250 Konferenzteilnehmern waren auch sechs aus dem Saarland, davon vier Kolleginnen und ein Kollege vom ver.di Ortsverein Saar-Blies.

Mit einem klaren Bekenntnis gegen Aufrüstung und Militarisierung fand am 24. und 25. Juli in Würzburg die 4. Gewerkschaftskonferenz für den Frieden statt. Rund 250 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, darunter vier Mitglieder unseres Ortsvereins, diskutierten über Aufrüstung, Militarisierung und die Rolle der Gewerkschaften in einer Zeit von Kriegen und weiter wachsender internationaler Spannungen. Die Konferenz wurde gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der IG Metall Würzburg organisiert. Ulrike Eifler, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Würzburg, Moderatorin und Mitorganisatorin der Konferenz, hob hervor, dass die Friedensfrage innerhalb der Gewerkschaften wieder stärker diskutiert werde. Sie verwies auf die Beschlusslage des DGB-Bundeskongresses, insbesondere auf die Ablehnung einer Wiedereinführung der Wehrpflicht, und warb dafür, die gewerkschaftlichen Debatten über Krieg und Frieden auf dieser Grundlage voranzutreiben. Wenn Krankenhäuser auf den Kriegsfall vorbereitet werden, öffentliche Mittel zunehmend in Rüstung fließen oder Unternehmen stärker in militärische Lieferketten eingebunden werden, seien Gewerkschaften unmittelbar gefordert. Eine auf Krieg ausgerichtete Wirtschaft stehe im Widerspruch zu Mitbestimmung, Arbeitsschutz und demokratischen Rechten.

Wo führt das alles noch hin? Weltweit gibt es derzeit 65 bewaffnete Konflikte, an denen staatliche Akteure beteiligt sind. Ein Höchststand seit 1946. Der Krieg in der Ukraine ist in seinem fünften Jahr. Israels Genozid an den Palästinensern geht trotz Waffenstillstand ebenso weiter wie der Krieg gegen die libanesische



Ingar Solty und Ulrike Eifler auf der Konferenz

Bevölkerung. Das Jahr 2026 begann mit dem Überfall der USA auf Venezuela. Auch auf Mexiko, Kolumbien und insbesondere Kuba erhöhten die Vereinigten Staaten den Druck. Ingar Solty, Referent für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung analysierte diese Prozesse. Seiner Meinung nach befinden wir uns in einer Systemkrise. Noch sei die Bewegungsform, die sich herausbildete erst in Ansätzen erkennbar. Solty nennt das einen postliberalen Kapitalismus, der einen neuen Imperialismustyp hervorbringe, der sich durch eine militärische Unterfütterung ökonomischer Interessen auszeichne. Das ginge einher mit dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte.

Die deutsche Rüstungsindustrie belegt im internationalen Vergleich der Waffenexporte Platz vier. Die Bundesregierung möchte sogar jeden zweiten Euro aus dem Bundeshaushalt für Aufrüstung ausgeben. Gegen diese Bedrohung müssen wir uns positionieren, wenn wir einen Beitrag zum Frieden leisten wollen, so die Meinung der Konferenzteilnehmer. Gewerkschaften können die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder nur wirksam vertreten, wenn sie eine Alternative zur Ursache des Sozialkollaps im Zuge des reaktionär-militaristischen Umbaus der Gesellschaft benennen. Diese Alternative erfordert Diplomatie und Völkerverständigung mit allen europäischen Nachbarn.

Norbert Zirnsak, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Würzburg, erinnerte an die friedenspolitische Tradition der Gewerkschaften und an den aus Würzburg stammenden früheren IG-Metall-Vorstand Georg Benz, der 1981 auf der Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten gegen atomare Aufrüstung sprach.



Podium: Wer zahlt für die Aufrüstung. Links der bekannte Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, am Mikrophon die Geschäftsführerin von ver.di Stuttgart Silas Carman.



In der Diskussionsschlange vor dem Mikrofon

„Die Friedensfrage ist die Frage nach Arbeit, Fortschritt und Wohlstand. Der Kampf um den Frieden ist unser täglicher Kampf – an unseren Arbeitsplätzen, in der Politik und dort, wo wir wirken und handeln“, sagte Zirnsak. Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung warnte er: „Die Vorbereitung auf Krieg beginnt nicht erst in den Kasernen. Sie beginnt in den Betrieben. Sie beginnt in der Arbeitswelt.“

Während der Konferenz wurde ein Grußwort des ehemaligen Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Klaus Zwickel, verlesen, in dem er die Verantwortung der Gewerkschaften für Frieden und internationale Verständigung hervorhob. Jürgen Peters, ebenfalls ehemaliger Erster Vorsitzender der IG Metall, nahm persönlich an der Konferenz teil. Die internationale Beteiligung unterstrich den Stellenwert der Konferenz. So war der ehemalige Vorsitzende der Labourpartei, Jeremy Corbin, aus London angereist. Gewerkschaftsdelegationen aus England, Belgien und Frankreich nahmen an der Tagung teil. Per Videobotschaft wandte sich Luc Triangle, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC), an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er bezeichnete den Einsatz für Frieden als unverzichtbaren Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit und hob die Verantwortung der Gewerkschaftsbewegung als internationale Kraft für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung hervor.

In den Diskussionsrunden beschäftigten sich der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler und Sinan Öztürk, stellvertretender Bezirksleiter von ver.di Bayern, mit dem Verhältnis von Demokratie, Arbeitswelt und Mili-



tarisierung. Öztürk sprach sich dafür aus, Friedenspolitik und Interessenvertretung gemeinsam zu denken. Däubler warnte davor, den Raum für das Sagbare einzuengen. Demokratie lebe gerade in Zeiten wachsender Spannungen vom offenen Streit unterschiedlicher Positionen; Gewerkschaften müssten diese demokratischen Freiräume verteidigen. Aus betrieblicher Sicht schilderten Gürcan Erdinç, Betriebsratsvorsitzender bei Miwe in Arnstein, und Yves Weinberger, Betriebsratsvorsitzender von Brose Würzburg, die Auswirkungen von Aufrüstung und wirtschaftlicher Transformation. Erdinç verwies auf



Arbeitsgruppe „Krankenhäuser für den Kriegsfall mit Susanne Hille, ver.di-Landesfachbereichsleiterin Gesundheit in NRW (links) und Dr. med. Angelika Claußen, Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie (rechts). Sie ist Co-Vorsitzende der IPPNW sowie Präsidentin der IPPNW Europa.

den Zusammenhang zwischen steigenden Rüstungsausgaben und Sozialabbau. Angesichts einer deutlichen Mehrheit in der Bevölkerung, die Kürzungen im Sozialbereich ablehne, müsse es gelingen, daraus einen breiteren gesellschaftlichen Widerspruch zu entwickeln. Weinberger warb dafür, betriebliche Interessenvertretung als konkrete Aufgabe zu verstehen und Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung auszuloten.

In den Arbeitsgruppen standen die Vorbereitung des Gesundheitswesens auf militärische Krisenszenarien, die Rolle von Logistik und Infrastruktur sowie die so-



Jeremy Corbyn, der ehemalige Vorsitzende der Labour Party aus dem Vereinigten Königreich spricht

zialen und demokratischen Folgen wachsender Rüstungsausgaben im Mittelpunkt. Roman Rauschert von Verein zur Bewahrung der Demokratie erklärte wie konkrete Kriegsvorbereitung und autoritärer Staatsumbau gehören zusammen. In einer Phase des Umbruchs sei die Gewerkschaftsbewegung besonders gefordert.

In der Arbeitsgruppe des Gesundheitswesens informierte die Vorsitzende der IPPNW über die geplante Kampagne „Lazarett statt Krankenhaus - für ein ziviles Gesundheitswesen“, die im September starten wird. Bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen werden der hippokratische Eid und der ICN-Ethikkodex (internationaler Leitfaden für die professionelle Pflege) auf den Kopf gestellt: Die Behandlung dient nicht mehr der Verbesserung der Lebensqualität, sondern lediglich dem Wiedereinsatz an der Front. Zur inhaltlichen Ausgestaltung der Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens fanden auch die Diskussionsbeiträge von unserem Ortsverein Beachtung.



Auch die Gewerkschaftsjugend setzte Akzente. Annabell Franz, Jugendsekretärin der IG Metall Würzburg, stellte die Kriegsdienstverweigerungsberatung der Geschäftsstelle vor. Die Nachfrage habe in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen. Immer mehr junge Menschen suchten angesichts der Debatten über Wehrpflicht und „Kriegstüchtigkeit“ Orientierung.

Abseits der Podien blieb Zeit für Begegnungen und Gespräche. An Bücher- und Informationsständen wurden Debatten fortgesetzt und Erfahrungen aus Betrieben und Gewerkschaften ausgetauscht. Geprägt wurde die Konferenz von den Debattenbeiträgen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Hafenarbeiter aus dem Organisationsbereich von ver.di, Lehrerinnen und Lehrer der GEW, Kolleginnen und Kollegen von den Baustellen der IG BAU, Beschäftigte aus Gastronomie und Ernährungsindustrie der NGG, Krankenhausbeschäftigte sowie IG Metallern und IG Metallern aus Industriebetrieben brachten genauso ihre Erfahrungen ein, wie Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, die in der Gewerkschaft EVG organisiert sind. Zahlreiche Wortmeldungen und eine engagiert geführte Debatte zeigten, dass die Diskussion über Aufrüstung und Militarisierung in den Gewerkschaften angekommen ist. Zugleich wurde gefordert, die begonnenen Diskussionen in den Betrieben und Gewerkschaften fortzuführen und sie in gemeinsa-



Jugend gegen Militarismus. Links die IGM-Jugendsekretärin Annabell Franz aus Würzburg, rechts die Jugendvertreterin Delia Schenk von der Charité Berlin.

mes gewerkschaftliches und gesellschaftliches Handeln zu übersetzen.

Es gelte zu verhindern, dass die abhängig Beschäftigten für die Jahrhundertaufrüstung zur Kasse gebeten werden bzw. deren Kinder im Krieg verheizt werden. Dazu könnte die Initiative „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“ eine wichtige strukturierende Rolle spielen. Die Initiative ist vor zwei Jahren gegründet worden und auch der OV Saar-Blies hat sich daran beteiligt. Die vielen neu entstandenen lokalen gewerkschaftlichen Arbeitskreise und Initiativen könnten sich unter dem Dach von „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“ zusammenschließen, ihre Erfahrungen austauschen und Synergieeffekte in der gewerkschaftlichen Arbeit schaffen.

Gleichzeitig ist im Moment nichts wichtiger, als eine Bewegung gegen den Sozialraub aufzubauen und diese Proteste mit der Kritik an der Aufrüstung zu verbinden. Wer die Debatte um den Erhalt des Sozialstaates gewinnen will, muss kritisieren, dass das Geld für Schulen, Kindergärten und Renten aktuell in die Rüstung umgelenkt wird.

Aufruf des DGB zum Antikriegstag am 1.9.2026:

Friedensfähig statt kriegstüchtig! Gemeinsam für Völkerverständigung, soziale Gerechtigkeit und eine Welt ohne Krieg

Seit 1957 wird in Deutschland am 1. September an die Schrecken des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus erinnert. An jedem 1. September machen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften seitdem deutlich: Die deutschen Gewerkschaften stehen für Frieden, Demokratie und Freiheit. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Der diesjährige DGB-Aufruf zum Antikriegstag steht unter dem Thema: "Friedensfähig statt kriegstüchtig! Gemeinsam für Völkerverständigung, soziale Gerechtigkeit und eine Welt ohne Krieg."

Die Erklärung des DGB zum Antikriegstag hat sich gegenüber den beiden Vorjahren deutlich verändert. So ist festzuhalten, dass unser Gewerkschaftsbund die Wiedereinführung von Wehrpflicht und anderen Pflichtdiensten ablehnt. Auch wird die Bundesregierung aufgefordert, endgültig auf die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen zu verzichten.

In den Diskussionen im ver.di-Ortsverein wurde bemängelt, dass in der Erklärung zwar die Konkurrenz USA, China und Russland genannt werden, offenbar meinen aber viele Kolleginnen und Kollegen, dass die EU ein Friedensprojekt sei, dabei wird gerade auch hier der geopolitische Anspruch formuliert und sogar dabei vom Führungsanspruch Deutschlands geträumt. Dafür bedarf es eines Kriegshaushaltes, der durch die arbeitenden Menschen bezahlt werden soll. Die Rüstung geht einher mit Angriffen auf unsere Gesundheit, Rente, Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge. Immer noch glauben viele Kolleginnen und Kollegen, Kriegsvorbereitung und Sozialstaat könnten zusammengehen. Dabei ist die Entscheidung in der Regierung zu Ungunsten der Butter und zum Vorteil der Kanonen schon gefallen.



Trotzdem fanden die Kolleginnen und Kollegen in der sehr solidarischen Debatte am 13. August, dass die Erklärung des DGB sehr viele wichtige Forderungen enthält, die unser Ortsverband seit seiner Gründung sehr energisch vertritt. Über diese Entwicklung freute man sich. Es zeige, wie wichtig es ist, wenn wir in-

nerhalb unserer Gewerkschaften diskutieren und entsprechende Beschlüsse formulieren.

Hier nun der **offizielle Aufruf**, damit Du Dir selbst eine Meinung bilden kannst:



„Die internationalen Entwicklungen erfüllen den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften mit größter Sorge. Das Weltgeschehen wird zunehmend geprägt durch die Großmachtansprüche der USA, Chinas und Russlands. Für deren Durchsetzung schrecken sie auch vor der Anwendung und Androhung militärischer Gewalt nicht zurück. Wir erheben unsere gewerkschaftliche Stimme dagegen und halten unbeirrbar an unserem Grundsatz fest: „Nie wieder Krieg!“

Wir brauchen keine Politik, die dem Recht des Stärkeren und einer permanenten „Kriegstüchtigkeit“ das Wort redet, sondern eine Sicherheitspolitik, die die Freiheit schützt und sich zum Ziel setzt, die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen von Krieg und Gewalt zu beseitigen. Wir treten als Gewerkschaften ein für eine Politik der Friedensfähigkeit, in deren Mittelpunkt die zivile Friedenssicherung durch Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und eine faire Handelspolitik steht.

Frieden und Sicherheit beruhen auf sozialer Gerechtigkeit

Für uns Gewerkschaften stehen Frieden, Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit in einem untrennbaren Zusammenhang mit gerechten Lebens- und Arbeits-

verhältnissen, demokratischer Stabilität, wirtschaftlichem Erfolg und dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der massive Aufwuchs des Militäretats geht perspektivisch zu Lasten von sozialstaatlicher Absicherung und öffentlichen Zukunftsinvestitionen.

Die aktuelle politische Debatte verschärft mit ihrer Verengung auf militärische Aspekte von Sicherheit Verteilungskonflikte und schwächt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Demokratie selbst. Sicherheit ist für uns kein rein militärisches Projekt. Sie erfordert eine Politik, die die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt stärkt und besser gegen Krisen wappnet – ob es sich um innere und äußere Angriffe auf unsere Demokratie, Naturkatastrophen, Pandemien oder hybride Bedrohungen handelt!



Klares Bekenntnis zum Völkerrecht als Frage der Glaubwürdigkeit

Um ein wirksames Gegengewicht zu den neuen Großmachtbestrebungen zu bilden, muss Europa seine strategischen Partnerschaften mit Ländern vor allem des Globalen Südens ausbauen. Getragen werden müssen diese Partnerschaften durch das gemeinsame Interesse an einer Weltordnung, die dem Ausgleich von Interessen auf Grundlage des geltenden Völkerrechts verpflichtet ist. Für die EU ebenso wie für Deutschland und ihre anderen Mitgliedsstaaten gilt dabei, dass sie ihre Glaubwürdigkeit als Partner unter Beweis stellen müssen, indem sie sich uneingeschränkt zur Einhaltung des völkerrechtlichen Gewaltverbots und des humanitären Völkerrechts bekennen. Ob in der Ukraine, im Iran, in Israel, in Palästina, im Libanon, im Sudan oder in anderen Teilen der Welt: Sie müssen konsequent dafür eintreten, dass Völkerrechtsverstöße geahndet werden – unabhängig davon, wer sie begeht.

Unsere Kernforderungen zum Antikriegstag 2026:

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen die deutsche Bundesregierung anlässlich des diesjährigen Antikriegstages dazu auf, sich für eine starke und handlungsfähige EU einzusetzen, die verlässlich für eine europäische Politik der Friedensfähigkeit steht.

Im Einzelnen bedeutet das:

- Wir fordern von der Bundesregierung eine Abkehr von ihrer Rhetorik der „Kriegstüchtigkeit“ und die Rückbesinnung auf eine an zivile Friedenssicherung ausgerichtete Außen- und Sicherheitspolitik.
- Der deutsche Verteidigungshaushalt und verteidigungsrelevante Infrastrukturausgaben dürfen nicht an der willkürlichen Fünf-Prozent-Zielvorgabe der NATO festgemacht werden und dürfen keinesfalls zu Kürzungen bei sozialer Sicherung, Bildung, öffentlicher Daseinsvorsorge sowie der klimaneutralen und digitalen Modernisierung unserer Wirtschaft führen.
- Der gefährliche Sparkurs bei der Entwicklungszusammenarbeit, der Krisenprävention, Friedensförderung und humanitären Hilfe muss sofort beendet werden.
- Wir fordern eine streng kontrollierte und transparente Rüstungsexportpolitik auf nationaler und EU-Ebene, die nach eingehender Prüfung Waffenlieferungen nur dann zulässt, wenn sie der Unterstützung eines Landes bei der Verteidigung seines Existenzrechts oder seiner territorialen Integrität dienen. Bei berechtigten Zweifeln müssen Waffenlieferungen in Konfliktgebiete untersagt werden.
- Die Bundesregierung muss endgültig von den Plänen zur Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland Abstand nehmen. Die Verwirklichung dieser Pläne würde eine gefährliche Rüstungsdynamik vorantreiben, ohne ein Angebot für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen an Russland zu beinhalten. Wir teilen die Sorge, dass Deutschland dadurch im Ernstfall noch stärker ins Zentrum atomarer Eskalationsrisiken rückt.
- Es darf nicht zu der Wiedereinführung eines verpflichtenden Wehrdienstes sowie jeglicher anderer Form von Pflichtdiensten kommen. Beides lehnen wir entschieden ab. Solche Dienste greifen tief in Bildungs- und Erwerbsbiografien ein, verschärfen soziale Ungleichheiten und belasten einseitig die jüngere Generation. Verteidigungsfähiger wird unser Land nur durch eine hochqualifizierte Freiwilligenarmee, deren Attraktivität durch gute Arbeitsbedingungen und faire Besoldung gesichert ist – nicht durch Zwang

Für uns Gewerkschaften steht fest: Frieden lässt sich dauerhaft nur durch eine Politik sichern, die unsere Freiheit und unsere Demokratie stärkt, unsere Gesellschaft insgesamt widerstandsfähiger macht und Sicherheit nicht einseitig militärisch definiert. Wir wollen friedensfähig statt kriegstüchtig sein und bleiben!“



Krankenkassen verlieren Millionen Euro:

Der Kapitalmarkt ist nicht die Lösung

Mindestens 17 Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen Beitragsgelder haben in fragwürdige Immobilienfonds investiert - und damit Millionenverluste gemacht.

Das geschieht in einer Zeit in der Regierung und Medien uns von der Notwendigkeit des Sparens predigt. Sparsamkeit. Leistungen werden gestrichen und Zahlungen steigen. Und dann wird uns erzählt, es brauche ja den Kapitalmarkt, so bei der Rente.

Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen (KV) haben Beitragsgelder in windige Immobilien- und Kreditfonds verschwendet.

Bis zu 96 Prozent der eingesetzten Beitragsgelder hätten sich »in Luft aufgelöst« – sind futsch. Bekanntlich dürfen Körperschaften des öffentlichen Rechts nur so anlegen, „dass ein Verlust ausgeschlossen erscheint“ – steht im Sozialgesetzbuch. Das Gegenteil ist passiert. Sie haben spekuliert. Man fragt sich, was mit den Aufsichtsgremien ist.

Also, Geld ist verzockt und uns wird erzählt, wir müssten „mehr Eigenverantwortung“ übernehmen. Wir zahlen nun zweimal, einmal für die Kürzungen und einmal für die Verluste.

Das Ausmaß ist nach Recherchen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung deutlich größer als bisher bekannt. So haben nicht nur, wie bisher bekannt, die Kaufmännische Krankenkasse KKH (47,4 Millionen), Pronova BKK (10 Millionen) und BKK Gildemeister Seidensticker (7,9 Millionen) investiert, wie aus den Klagen hervorgeht, sondern auch die Novitas BKK, die MKK Meine Krankenkasse (jeweils 5 Millionen) und die IKK Südwest 2 Millionen Euro, wie sie gegenüber NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung einräumen.

Investiert haben zudem auch die AOK Bremen, die Bahn BKK, die BKK Pfalz, die Siemens BKK und die Viactiv Krankenkassen. Um wie viel Geld es dabei geht, will allerdings keine dieser Krankenkassen sagen.

Unter den Kassenärztlichen Vereinigungen haben neben der KVBW auch die KV Hessen 30 Millionen Euro und die KV Schleswig-Holstein 16 Millionen investiert - Geld, das die KV Schleswig Holstein als "Totalverlust" betrachtet. Die KV Berlin, die KV Bremen und die KV Westfalen-Lippe (KVWL) weigern sich auf Anfrage ebenfalls, die Summen zu nennen, die sie investiert hatten. Zusammen gerechnet addieren sich die bestätigten Verluste auf mehr als 170 Millionen Euro.

Aus Kreisen der Finanzfirmen ist zu hören, dass insgesamt 28 Krankenkassen und KVen Geld über Umwege in die Verius-Fonds investiert haben sollen, und sich die Fehlinvestitionen auf mehr als 500 Millionen Euro summieren würden.

Beitragsgelder der Versicherten müssen ausschließlich der medizinischen Versorgung zugutekommen und dürfen nicht für riskante Finanzmarktgeschäfte missbraucht werden. Der Vorfall ist lediglich ein Symptom eines chronisch unterfinanzierten und falschen Systems. Statt auf Kürzungspolitik oder Finanzmarkrenditen zu setzen, braucht es die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, in die alle Einkommensarten einzahlen und die Beitragsbemessungsgrenze fällt.



26. August:**Seniorenkonferenz in Kirkel**

Am Mittwoch, 26. August 2026, findet im Bildungszentrum der Arbeitskammer des Saarlandes in Kirkel die ver.di-Landesbezirkssenioren*innenkonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland statt. Zu der Konferenz wird die Landesbezirksvorsitzende Marion Paul in Kirkel erwartet.

Auf der Tagesordnung steht u.a. die Wahl eines neuen ver.di Landessenioren*innenvorstandes, die Nominierung zweier Vertreter*innen für den Landesbezirksvorstand, fünf Delegierte zur Bundessenioren*innenkonferenz und zwei Vertreter*innen für den Bundessenioren*innenvorstand. Auch eine Delegierten zum Bundeskongress ist zu wählen.

Am 12. September:**Michel in K-Town**

Unser Vorstandsmitglied Michael Quetting wird auf Einladung des Sozialforums Kaiserslautern, der Partei Die Linke Westpfalz, die DKP, die Friedensinitiative Westpfalz und einer antifaschistischen Jugendgruppe am 12. September auf einer antimilitaristischen Kundgebung in Kaiserslautern sprechen und den Zusammenhang zwischen sozialem Kahlschlag und Aufrüstungspolitik benennen.

18. September:**Arbeitskammer wird 75 Jahre alt**

Der feierliche Höhepunkt zum 75-jährigen Jubiläum der Arbeitskammer des Saarlandes findet am 18. September 2026 mit einem offiziellen Festakt statt. Unsere Kolleginnen Charlotte Matheis und Monika Guss werden dort unseren Ortsverein Saar-Blies vertreten.

25. September:**Gegen Wehrpflicht**

Der nächste Schulstreik wird am 25. September stattfinden. Dann werden Schüler:innen zum vierten Mal statt in den Unterricht auf die Straße gehen, um gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Krieg zu demonstrieren. Das teilt das „Bündnis gegen Wehrpflicht“ mit.

An den bisher stattgefundenen drei bundesweiten Streiktagen haben jeweils ca. 50.000 vor allem Schüler:innen und Schüler teilgenommen.,

Dies entschied das Bündnis auf einer Konferenz, in der über 150 Teilnehmer*innen im Juli. Beraten wurden dort die nächsten Schritte im Kampf gegen die Wehrpflicht.

WSI-Untersuchung:**Streikbilanz 2025**

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung hat für das Jahr 2025 eine Arbeitskampfbilanz vorgelegt.

Demnach hat es im letzten Jahr 261 Arbeitskämpfe gegeben – und damit weniger von Streiks begleitete Tarifkonflikte als in den beiden Vorjahren. Das vom WSI geschätzte „Arbeitskampfvolumen“ habe mit 645.000 Ausfalltagen deutlich unter dem der Vorjahre gelegen. Ebenso verhalte es sich mit der geschätzten Anzahl von 552.000 Streikteilnehmerinnen und -teilnehmern.

Beides deute auf „eine geänderte Arbeitskampfführung der Gewerkschaften hin: Einzelne, kurze Arbeitsniederlegungen überwiegen, unbefristete Flächenstreiks sind dagegen seltene Ausnahmen geworden“, so das WSI.

Erstmals hat das WSI für 2025 auch die Arbeitskampfziele der Gewerkschaften ausgewertet: In mehr als jedem vierten Arbeitskampf rangen die Beschäftigten um die (erstmalige) Tarifbindung der Unternehmen; dabei überwiegen Streiks um Haustarifverträge.

**Impressum:****Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand**

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://www.verdi.de/saar-trier/verdi-ort/ortsverein-saar-blies>

Kontakt: christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf